

Windpark Hohehaus: Bürger wollen weitere Gespräche

Erster „runder Tisch“ im Rathaus

Neue-Westfälische
07.01.2014

■ **Mariemünster** (nw). Zur Erneuerung des Windparks Großenbreden/Hohenbreden hat es einen ersten „runden Tisch“ im Sitzungssaal der Stadtverwaltung Mariemünster gegeben. Nach Ansicht der Bürgerinitiative Winkon gibt es aber weiter Informations- und Gesprächsbedarf.

Winkon steht für Windenergie-Konsens, denn die im September vergangenen Jahres gegründete Bürgerinitiative will die Erneuerung nicht verhindern, sondern ihre Interessen berücksichtigt wissen. Geplant ist in Hohehaus, die zwischen 1995 und 2003 errichteten Windräder durch höhere und deutlich

leistungsstärkere Windräder zu ersetzen. Dafür brauchen die Anlagen einen größeren Abstand zueinander – und sollen zudem auf bis zu 850 Meter an das Wohngebiet heranrücken. Der genaue Standort für die Windräder steht allerdings noch nicht fest. Zurzeit beträgt der Abstand rund 1.300 Meter.

Teilgenommen am runden Tisch haben auf Initiative der Stadtverwaltung die Betreiber des Windparks Großenbreden/Hohehaus, Verantwortliche der Stadtverwaltung Mariemünster sowie der Vorstand der Bürgerinitiative Winkon. Anhand von Kartenmaterial wurde unter anderem der aktuelle Planstand möglicher

Standorte zukünftiger Windkraftanlagen im Windpark Großenbreden/Hohehaus erläutert. „Diese neuen Standorte weichen aufgrund von vorliegenden Gutachten in einigen Positionen von den Plänen ab, die der Öffentlichkeit im April bei einer Informationsveranstaltung in Großenbreden präsentiert wurden“, berichtet Frank Lüke, Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative. Durch die neue Planung reduziere sich laut Gutachten die Lärmbelästigung für die betroffenen Bürger, allerdings nicht in dem Umfang wie durch die Bürgerinitiative Winkon erhofft.

Neue Standorte weichen von bisherigen Plänen ab

Die Bürgerinitiative äußerte zudem starke Bedenken, dass die Neuanlagen durch Verschleiß im Laufe der Jahre das gleiche inakzeptable Geräuschniveau annehmen wie die Bestandsanlagen. Zugleich lobte sie die bisherige Vorgehensweise der Planer bei dem Bestreben, die betroffenen Bürger zukünftig entlasten zu wollen. Kritisiert wurde aber deutlich, dass Alternativmöglichkeiten bisher kaum, oder nur unzureichend geprüft wurden.

„Nach unserer Ansicht ist man zwar auf einem guten Weg, es benötigt aber noch einige Information und Gespräche, um den angestrebten Konsens erzielen zu können“, erklärte Lüke.